

1 Einleitung

1.1 Hintergrund

Migrantenorganisationen (MOs) fördern den Zusammenhalt innerhalb von und zwischen unterschiedlichen sozio-/ethnokulturellen Gruppen, aktivieren Selbsthilfepotenziale, eröffnen als Kooperationspartnerinnen politische Gestaltungsmöglichkeiten in der Einwanderungsgesellschaft und aggregieren und vertreten politische Interessen. In den letzten Jahren sind MOs daher zunehmend in den Blick von Integrationspolitik gerückt. Dies machen nicht zuletzt Konsultationsprozesse ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts deutlich (z. B. der Nationale Integrationsplan NAP, vgl. Halm 2015, S. 37) und zuvor schon, was speziell das muslimische Organisationsfeld betrifft, die Deutsche Islamkonferenz (DIK), die seit 2006 eine gemeinsame Plattform für öffentliche Akteure und muslimische Verbände bietet. Auch NRW fördert seit vielen Jahren systematisch die Arbeit von MOs, ausgehend vom Teilhabe- und Integrationsgesetz ab 2012.

Dies scheint sich auch in der „Integration vor Ort“ niederzuschlagen. Moutselos/Schönwälder (2021) arbeiten heraus, dass die Netzwerke zwischen Lokalpolitik und MOs in Deutschland (mit seiner eher korporativen politischen Kultur) im Vergleich zu Frankreich sehr ausgeprägt sind. Dies deutet auf einen Wandel hin, war die Interessenvertretungsfunktion von MOs doch lange nicht im gleichen Umfang akzeptiert wie die Potenziale der Organisationen in Governance-Prozessen (deren Gegenstände und Ziele von „mehrheitsgesellschaftlichen“ Akteuren definiert werden). Insbesondere waren MOs oft dahingehend mit Misstrauen belegt, ob sie als (vermeintlich) transnationale Akteurinnen in Loyalitätskonflikten zwischen Ankunfts- und Herkunftsland stehen oder inwiefern sich ihre Integrationsleitbilder von denjenigen der „Aufnahmegesellschaft“ unterscheiden (Stichworte Assimilation vs. Multikulturalismus). Im Ergebnis ist aber nicht davon auszugehen, dass ein solches Misstrauen generell und pauschal den Einbezug von MOs in politische Willensbildungsprozesse in Deutschland vereitelt (Blätke 2014, S. 247). Allerdings ist letztendlich nicht geklärt, wie effektiv die Organisationen ihre Interessen in den sich herausbildenden Kooperationsstrukturen zu vertreten in der Lage sind (vgl. Moutselos/Schönwälder 2021, S. 15).

Tatsächlich ergeben sich mitunter problematische Konstellationen für die MOs. So erweist sich z. B. im Rahmen der Hilfe für Geflüchtete in der Folge des *Sommers der Migration* 2015, dass die MOs sich hier aufgrund ihrer Netzwerke und ihrer Sprach- und Kultursensibilität als unverzichtbare Partnerinnen erwiesen haben, ihre Arbeit aber, im Vergleich zu derjenigen der etablierten Wohlfahrtspflege, unter zumeist schwierigen Bedingungen geleistet wird (vgl. Halm et al. 2020). Sie laufen damit Gefahr, zu bloßen „Zuträgerinnen“ zu werden, ohne viel Einfluss auf die Konzeption von Sozialer Arbeit. Hieraus ist zu schlussfolgern, dass eine effektivere Interessenvertretung der MOs wünschenswert wäre, um die eigenen Arbeitsbedingungen (die Fördersituation eingeschlossen) zu verbessern und mehr Mitgestaltung zu ermöglichen.

Wie in anderen Bereichen hat die Coronakrise übrigens auch auf dem MO-Feld prekäre Gemengelage sichtbar gemacht, indem z. B. Kenan Küçük, Geschäftsführer des *Multikulturellen Forums*, auf die existenzbedrohende Situation migrantischer Träger hinwies, denen angesichts der Krise Nutzer*innen wegbrechen (siehe MiGAZIN, 23.04.2020). Bei oft fehlender institutioneller Grundförderung trifft die allgemeine Entwicklung MOs besonders unvermittelt. Damit stellt sich die Frage nach der Fähigkeit der MOs, ihre Interessen (unter verschärften Bedingungen) effektiv zu vertreten.

Die MO-Förderung durch das Land NRW hatte bisher keinen Schwerpunkt auf Interessenvertretung. Die Förderung von MOs, die abhängig von politischen Parteien sind, ist sogar ausgeschlossen. Zugleich liegt ein Fokus auf Maßnahmen, die die MOs zum Zweck der unmittelbaren Förderung der Sozialintegration ihrer Klientel ergreifen. Neben dieser – vor dem Hintergrund der Notwendigkeiten einer langfristigen Organisationsentwicklung oft kritisierten – Projektförderung bestehen aber auch Möglichkeiten der Anschubfinanzierung von Neugründungen sowie der Förderung von Partnerprojekten, in denen etablierte MOs andere bei der Organisationsentwicklung unterstützen (vgl. MKFFI NRW 2021a, S. 8–9). Dies ist als eine Art befristete Struktur(aufbau)-Förderung zu verstehen.

1.2 Fragestellung

Das MO-Feld in NRW ist angesichts unterschiedlicher Migrationen, Herkunftsgruppen, intergenerationalen Wandels und der Reproduktion weltanschaulicher, politischer und religiöser Diversität der Herkunftsländer stark

fragmentiert. Dennoch bestehen zahlreiche verbandliche Interessenvertretungen, die MOs organisieren. Dabei ist davon auszugehen, dass sich das Verbändefeld in Folge der zunehmenden Inanspruchnahme politischer Opportunitäten (mit der Folge der zunehmenden Einbindung in Integrations- und Sozialpolitik) entsprechend des föderalen Staatsaufbaus in Deutschland allmählich nach Bundes-, Landes- und Ortsverbänden ausdifferenziert.

Die vorliegende Studie leistet erstmalig eine Übersicht der verbandlichen Organisation von MOs in NRW. Darauf aufbauend wird eine systematische Übersicht wesentlicher Merkmale der Verbände erstellt, auf deren Grundlage eine Modellierung des Organisationshandelns hinsichtlich der migrationsbezogenen politischen Interessenvertretung erfolgt und eine Abschätzung der Kooperationsmöglichkeiten und der Förderperspektiven getroffen werden kann.

Die Studie wurde durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI NRW) gefördert und am Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) in den Jahren 2021 und 2022 durchgeführt, in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.

